

## Nichts Neues unter der Sonne – Trumpismus beschleunigt nur Multipolarität

16 Feb. 2025 19:43 Uhr

Wo sind wir auf dem großen Ziffernblatt westlicher Zivilisation? Wird Trumps Politik die Multipolarität auf der internationalen Bühne eher behindern oder beflügeln? Ist seine behauptete Demontage des "Deep State" ein authentischer Prozess oder nur eine Farce für die Massen?



Quelle: Gettyimages.ru © Michael M. Santiago/Getty Images

West Palm Beach, Florida/USA, 18. Januar 2025: Mitglieder der Trump-Familie gehen an Bord des Privatflugzeugs des designierten US-Präsidenten Donald Trump, um an dessen Amtseinführung am 20. Januar in Washington, D.C., teilzunehmen.

*Von Elem Chintsky*

Wenn man das vergangene Vierteljahrhundert ernsthaft betrachtet und es mit den Ereignissen der letzten 100 und 250 Jahre vergleicht, kommt man unweigerlich zu dem Schluss, dass sich Geschichte zyklisch bewegt. Das propagierte Axiom des permanenten Fortschritts nach oben, hin zu einer verheißungsvollen demokratisch-humanistischen Utopie, wie es in den öffentlichen und staatlichen Bildungseinrichtungen gelehrt wurde, ist nicht nur auf Eis gelegt – es ist falsifiziert und kann getrost verworfen werden. Nicht ohne Grund wurden Thesen wie die von Oswald Spengler von vor über 100 Jahren als störend und der Forschung und genaueren Betrachtung in staatlichen Institutionen unwürdig verworfen. Nun könnte die polit-kulturelle Verkörperung des neuzeitlichen "Cäsars", wie ihn Spengler damals für den Untergang des Abendlandes – unseres Westens – skizzierte, in Donald Trump eine zumindest fragmentierte Erfüllung finden. Oder etwa doch nicht?

Jedenfalls ist einigen Denkern zufolge eine "Ära des Trumpismus" angebrochen – sowohl Freund als auch Feind sind mehr oder weniger freundlich aufgefordert, sich einer geopolitischen Schocktherapie zu unterziehen. Wie plant dieser Trumpismus sich durchzusetzen? Was sind seine eigentlichen Ziele?

Am Dienstag [teilte Reuters](#) unter Berufung auf äußerst glaubwürdige Quellen mit, dass "die USA ihre europäischen Verbündeten drängen werden, mehr Waffen für die Ukraine einzukaufen". Die Verkäufer dieser Waffen sind freilich weder in Peking noch in Teheran, Pjöngjang oder Moskau zu verorten – Washington, D.C., wird diese Profite erzielen. US-Beamte behaupten, dass die Trump-Administration die Milliarden US-Dollar, die Biden für den Ukraine-Konflikt ausgegeben hat, wieder hereinholen will. Zum einen wird der US-Haushalt entlastet (unter Biden waren die USA die mit Abstand größten Gönner der Ukraine), zum anderen wird die bereits unter Biden veranlasste Deindustrialisierung Europas (insbesondere, wie oft berichtet, Deutschlands) beharrlich vorangetrieben.

Seitens der US-Diplomatie scheint gegenüber dem Kreml auch ein grandioser Stille-Post-Effekt im Gange zu sein. Denn dieselben US-Beamten hoffen, ein Bergbau-Abkommen mit Kiew abschließen zu können, das Amerika Zugang zu den reichen Seltenerd-Reserven des Landes verschaffen würde, während die Russen zufrieden zuschauen sollen. Aber rund drei Viertel dieser rohstoffreichen Gebiete liegen in der Ostukraine oder direkt in jenen Gebieten, die bereits unter der unmissverständlichen Kontrolle Moskaus sind. Es handelt sich geradezu um ein Paradebeispiel für einen Interessenkonflikt.

Die jetzigen Machthaber Kiews sollen also über Regionen und ihre Nutzung entscheiden, die gar nicht mehr in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Hinzu kommen Trumps Aussagen der letzten Wochen, die von veralteten, falschen Projektionen über ein "verzweifelt und am Existenzrand baumelndes Russland" zeugen, ähnlich jener, welchen davor Biden, Blinken und Konsorten ausgesetzt waren. Die diplomatische Rhetorik aus Washington, D.C., unter Trump bleibt durchsetzt von überheblichen Drohungen und Ultimativen sowie unrealistischen Forderungen, die ihre reale machtpolitische Stellung in der Welt nicht berücksichtigt oder bedenkt.

Aus den Korridoren des Pentagons heißt es folglich, dass Europa mehr tun muss, um Hilfe zu leisten. Berlin, Warschau und Brüssel werden an diesem Punkt wohl verduzt hellhörig werden – sind sie doch allesamt zutiefst überzeugt, dem Kiewer Regime bereits eine unfassbar große Hilfe bereitgestellt zu haben. Schließlich sei das "der Preis der Freiheit", wie es Ursula von der Leyen pathetisch zusammenfasste. Wird dieser außenpolitische Ansatz gegenüber ganz Europa erst einmal aufgeschlüsselt, stellt sich die Frage, wie eine AfD-geführte Regierung (jedoch erst nach einer 2025 installierten, schwarz-rot-grünen Verzweiflungskoalition, die nicht die volle Legislaturperiode aushält) die Durchsetzungskraft aufbringen könnte, dieser verdeckten Feindseligkeit vonseiten der Trump-Regierung zu begegnen. Offiziell ist Trumps Amerika ja "nicht mehr neoliberal" und "nicht mehr globalistisch".

Zugleich ist Elon Musk leidenschaftlich bemüht, "Deutschland durch die AfD gerettet sehen" zu wollen. Ist dieser Einsatz – andere nennen es illegale, politische Einmischung – Musks künstlich und vorgespielt? Oder ist der Tesla-Chef einfach nicht im Bilde über die eigentlichen US-Strategien gegenüber einem weiter zu schwächenden Europa? Der wachsende neoliberale Kern der AfD, welcher sich gegenüber der Trump-Administration relativ verträumt zeigt, ist auf seinem "zionistischen Auge" blind: Trump unterstützt Israels Drängen auf tsunamiähnliche Migrationsströme aus dem Nahen Osten in den Westen. Deutschland wird in diesem Prozess keine Ausnahme bilden.

Der russische Philosoph und geopolitische Analyst Alexander Dugin [schrieb letzten Monat](#) über den Trumpismus, den er als neue US-Ideologie ansieht und als Hauptantriebskraft einer neuen "Revolution"

beschreibt. Ihm zufolge gab es seit 1990 eine im Hintergrund summende Debatte, ob die USA die westlichen Anführer der gesamten Erde per neoliberaler Globalisierung sein oder hin zu einer regionalen Dominanz der westlichen Hemisphäre eifern sollten. Im Kontrast dazu stehen die politologischen Thesen Samuel P. Huntingtons ("Clash of Civilizations", 1996) und Francis Fukuyamas ("The End of History and the Last Man", 1992).

In der einen Prämisse erhalten die USA ihre nationale Identität und den dazugehörigen Kulturkodex; in der anderen löst sich beides auf. Ersteres erscheint derzeit durch einen "politischen Elektroschock" durch Trump reanimiert worden zu sein. Zweiteres wurde durch alle anderen US-Staatsoberhäupter weiterentwickelt, außer eben Trump. Mit Bidens Wahlslogan der 2020er-Kampagne "Build Back Better" sollte der "Zwischenfall" in der Form der ersten Trump-Amtszeit korrigiert werden und zur Fortsetzung der globalistischen liberalen Politik der Vergangenheit dienen, so Dugin. In dem Versuch, den Trumpismus als Ideologie konkret zu definieren, kommt Dugin zu dem Schluss, dass dieser vor allem "antiwoke" ist:

"Ebenso hart gesotten lehnen Trumpisten die Woke-Ideologie ab – bestehend aus der Gender-Politik und der Legalisierung von Perversionen; der kritischen Rassentheorie, die dazu aufruft, dass ehemals unterdrückte Völker sich an den Weißen rächen; der Förderung der Migration, einschließlich der illegalen Migration; der Cancel-Culture und der liberalen Zensur sowie der Postmoderne."

Was Dugin zwar benennt, jedoch unterschätzt, ist eine gewisse Grundsäule der bilateralen Harmonie beider US-amerikanischen Volksparteien, die bis heute stramm besteht – trotz vermeintlicher Erschütterungen des Trumpismus und der von ihm entfachten "Revolution". Diese überparteiliche Harmonie aus Demokraten und Republikanern und ihre außenpolitische Symbiose, die Trumps "Demontage des Deep State" als vorgegaukelten Schein demaskiert, ist in diesem einen Aspekt begründet: nämlich dem tiefgreifenden, nicht zur Diskussion stehenden, nicht verhandelbaren US-amerikanischen Zionismus. Es gebe zwar laut Dugin "unter Trumpisten keinen Konsens" bezüglich der Loyalität gegenüber der bedingungslosen Unterstützung Israels; vielleicht scheiden sich die Geister unter den einfachen Trump-Unterstützern in irgendeinem kleinen unbedeutenden US-amerikanischen Dorf darüber. Aber in der gesamten Trump-Administration (wie auch in der Vorgängerregierung Bidens und allen anderen US-Regierungen seit John F. Kennedy) gibt es keinen einzigen US-Volkvertreter, der nicht kritikloser und bekennender Zionist war beziehungsweise ist.

Zum Beispiel war noch bis Mitte Januar 2025 der US-Republikaner Mike Turner der Vorsitzende des "Ständigen Sonderausschusses für Geheimdienste des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten". Vor wenigen Tagen hatte Turner (obwohl von Trump entlassen) die schiere Existenz der Palästinenser als Volk im Gazastreifen – nicht nur die politisch-militärische Präsenz der Hamas dort – eine "Gefahr der nationalen Sicherheit der USA" genannt. In Verbindung mit den Grundstücksplänen der ethnischen Säuberung, die Trump so nonchalant äußert, und mit den unzähligen ähnlichen Aussagen in den letzten Dekaden aus Israel selbst ([wie von Moshe Feglin im Jahr 2014](#)), dass Palästinenser in Gaza "in Lagern konzentriert" und daraufhin "jeder Widerstand vernichtet" werden müssen, ist vollkommen klar, wohin die Reise diesbezüglich unaufhaltsam geht. Feglin sprach damals auch davon, dass Gaza als "israelische Stadt wiederaufgebaut" werden würde. Spult man nun elf Jahre vor, in das weit entfernte Jahr 2025, sind die Tische hierfür mehr als reich gedeckt. Im normativen Westen tut man überrascht angesichts der jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten, dabei würde das regelmäßige Blättern in der israelisch-jüdischen Presse helfen, die unbarmherzige, volksverhetzende Politik Israels langfristig zu antizipieren.

Auch der US-Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs hat jüngst [seine Einschätzungen](#) zu den eigentlichen Unterschieden zwischen Biden und Trump geteilt. Demnach ist der Paradigmenwechsel im

zivilisatorischen Selbstverständnis der USA als Weltmacht nicht so dramatisch wie oben beschrieben.

Vor allem am Beispiel von Gaza stellt Sachs fest, dass Trump potenziell noch viel schlimmer für die Weltpolitik ist, als Biden es je sein konnte: Grundsätzlich argumentiert Sachs, dass Trump eine extrem verschärfte Fortsetzung der US-Außenpolitik nach den globalistischen Prinzipien des "Deep State" vorantreibt, statt "isolationistische Kehrtwenden" einzuleiten, wie in seinem Wahlkampf oft und lautstark behauptet. Tatsächlich sieht Jeffrey Sachs das Prinzip des in den Vereinigten Staaten immer noch aktiven und vitalen "Deep State" erneut bestätigt – vor allem dann, wenn Trumps sogenannte "Friedensbemühungen in Gaza" nächste Woche scheitern sollten. Denn zu der von ihm verhandelten Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas gehört neuerdings, dass alle restlichen israelischen Geiseln ausnahmslos bis zum Samstag, dem 15. Februar, befreit werden müssen – ansonsten sei "alles hinfällig und die Hölle los", so Trump.

Hier bricht Sachs mit Dugins Vermutung, dass Trump die Verkörperung eines systemischen, ideologischen Umschwungs innerhalb der USA darstellt. Sachs bewertet Trumps bisherige zweite, noch fast jungfräuliche Amtszeit bereits jetzt als desaströs. Gaza "zu kaufen und zu besitzen" und "an andere Nationen der Region zum Wiederaufbau zu übergeben", sei eine zugespitzte Karikatur der größten Schreckensvorstellungen von Anti-Imperialisten – nur eben eine, die tatsächlich Wirklichkeit werden könnte. Auf die Frage eines Journalisten, "von wem" Trump Gaza abzukaufen gedenke, antwortete der neue US-Präsident bei anderer Gelegenheit flüchtig und beiläufig: "Israel". Das impliziert, dass er das Staatsoberhaupt Israels als rechtmäßigen Eigentümer von "diesem Stück Land" ansieht: eine paradoxe Absurdität, die noch größer wird, wenn man bedenkt, dass der Gazastreifen von den Israelis erst mithilfe von US-Geldern überhaupt den Erdboden gleichgemacht werden konnte. Ein Ansatz, der allen Grundsätzen der internationalen Ordnung und des internationalen Rechts diametral widerspricht. Sachs scheut sich nicht, offen davon zu sprechen, dass der US-Staatsapparat unter der vollen Kontrolle Israels steht.

Einige der Bedingungen, die Spengler damals für seinen letzten "Cäsar" formulierte, müssen an Trump getestet werden. Zum einen würde keine bestimmte Ideologie sein Handeln bestimmen und keine Instanz weltweit imstande sein, ihn zu dominieren. Sofern Dugin recht behält und der Trumpismus sich als Ideologie verfestigt, ist dieses Merkmal nicht erfüllt. Zumal nun klar ist, dass der Trumpismus nichts weiter ist als ein schlecht getarnter, kompromissloser Hyper-Zionismus, der innenpolitisch versucht, mit Anti-Wokeness zu kokettieren und sich beliebt zu machen. Letzteres kann in vier Jahren, nach der nächsten "demokratischen Wahl", wieder über Bord geworfen werden – der inhärente US-Zionismus hingegen nicht.

Ferner soll unter einem solchen Spenglerschen "Cäsar" die Demokratie als Vehikel der Geldmacht dramatisch schwinden. Vielen überzeugten Demokraten ist heute eine solche Korrelation vollkommen fremd. Nicht ohne Grund ist kaum jemandem die Inflation als geldpolitischer Hebel der Enteignung, Besteuerung und Währungsentwertung von einfachen Bürgern bekannt. Stattdessen wird die Inflation – ähnlich einem Virus – als das enigmatische "Andere", versehen mit einer mystischen Natur, welches autonom existiert und nichts mit der Manipulation der Geldmenge und der Leitzinsen durch Zentralbanken zu tun hat, verkauft.

Die "Herrschaft der Massen" und die "Herrschaft des Geldes" sind jedoch laut dem deutschen Denker in direkter Symbiose miteinander verbunden. "Durch das Geld vernichtet die Demokratie sich selbst, nachdem das Geld den Geist vernichtet hat", schrieb Spengler in seinem "Untergang des Abendlandes". Seit über einem Jahrhundert und bis heute ist der nahezu unregulierte Wucherzins als kostbare

Notwendigkeit moderner Staatlichkeit heiliger Bestandteil des "ewigen Wirtschaftswachstums". Im gegenwärtigen Diskurs wird die Macht des Kapitals zwar als real, aber nicht als entscheidend bewertet, obwohl auf den zweiten Blick alle Indizien dafür sprechen. Ohne die Finanzwelt wäre der politische Erfolg Bidens oder Trumps nicht möglich gewesen, womit sich ein Indiz für eine gewisse strukturelle Beliebigkeit zeigt, die seine Popularität entzaubern könnte. Trumps Druck und die Erpressung anderer Nationen, dem US-Finanzsystem treu zu bleiben, provoziert das genaue Gegenteil: Regionale Hegemonen und auch kleinere Länder in ihrer Nähe beginnen, sich geldpolitisch zu diversifizieren und zu emanzipieren, um dem dynamischen Sog des schwarzen Loches der alten unipolaren Ordnung gerade noch zu entgehen.

Schon zu Spenglers Zeiten – nur zehn Jahre nach der Gründung der US-amerikanischen Zentralbank Federal Reserve – war dies kein neues Konzept. Im ersten Timotheusbrief steht, dass "die Geldgier eine Wurzel aller Übel ist; etliche, die sich ihr hingaben, sind vom Glauben abgeirrt und haben sich selbst viel Schmerzen verursacht". Alle liberal-demokratischen Nationen des Westens des letzten Jahrhunderts gaben sich genau diesem Übel in aller Überheblichkeit hin – man schaue auf die Staatsverschuldungen aller G7-Länder heute, allen voran der USA selbst.

Etwas, das in unserer Gegenwart sicher schon gefestigt vorhanden ist, ist Spenglers Beschreibung einer "faustischen Zivilisation" des Westens, die sich in ihrer "Winterphase" der Selbsttäuschung, Überschätzung, Trunkenheit und der gerade beschriebenen Überheblichkeit befindet – repräsentiert durch Elon Musks Transhumanismus und den generellen verzweifelten Glauben an den technologischen Fortschritt. Verzweifelt deswegen, weil alle anderen "Zweige des Fortschritts" erkennbar gescheitert sind.

Allein der moralische Fortschritt des Westens – wenn noch nicht bei der Bombardierung Serbiens durch die NATO 1999 oder in den ersten acht Jahren des Krieges in der Ukraine Kiews gegen die eigene Bevölkerung (2014–2022) oder bei der frühlitechnokratischen Coronakrise klar erkennbar, spätestens jedoch beim jüdischen Genozid an den Palästinensern im Gazastreifen seit 2023 — wurde erfolgreich als nichtig und größenwahnsinniges Hirngespinnst entschleiern. Diese moralische Bankrotterklärung des Westens verlief dort parallel zum freien Fall des Christentums und seiner einst unveränderlichen Ethik und Metaphysik, die zivilisatorisch den "Teufelspakt aus der Faust-Legende" nachahmte.

Offiziell wird Spengler von den liberal-demokratischen Gutmenschen für seine nicht besonders schmeichelhafte Demokratie-Skepsis, die er unter anderem mit Sokrates und Aristoteles gemein hat, und die er im zweiten Band seines "Untergangs" (Edition München 1922, Welthistorische Perspektiven. 4. Kapitel: Der Staat. 3. Philosophie der Politik auf den Seiten 579 und 580) beschreibt, ignoriert:

*"Es ist ein ganz unbewusster Drang darin, die Massen als Objekte der Parteipolitik dem Machtmittel der Zeitung zuzuführen. Dem Idealisten der frühen Demokratie erschien das als Aufklärung ohne Hintergedanken, und heute noch gibt es hier und da Schwachköpfe, die sich am Gedanken der Pressefreiheit begeistern, aber gerade damit haben die kommenden Cäsaren der Weltpresse freie Bahn. Wer lesen gelernt hat, verfällt ihrer Macht, und aus der erträumten Selbstbestimmung wird die späte Demokratie zu einem radikalen Bestimmtwerden der Völker durch die Gewalten, denen das gedruckte Wort gehorcht."*

Bei Spengler sind "Journalisten als Offiziere, Leser als Soldaten" zu verstehen. Der "Soldat gehorcht blind, und die Wechsel in Kriegsziel und Operationsplan vollziehen sich ohne seine Kenntnis", merkt Spengler an. Sein Denken wird auf eine banale "rechtskonservative Grundeinstellung" verengt. Ein weiterer Grund für das unbedingte Meiden Spenglers und seiner Beobachtungen ist seine Kritik am westlichen Triumphalismus sowie sein Vorschlag, sich von einem eurozentrischen

Geschichtsverständnis, das als trügerisch gilt, zu verabschieden. Trump ist also eher nicht der Weltfrieden stiftende "Cäsar" Spenglers.

Er ist ein weiterer US-Kommissar der Weltfinanz – nicht ihr Reformier oder gar ihr Abschaffer –, der eine rasante, vierjährige Flucht nach vorn wagt, um den unabwendbaren Fall des US-amerikanischen Imperiums (das lange keine Republik mehr ist) sowie den ersehnten Aufstieg des Zionismus weltweit so sanft und geschmeidig wie möglich zu gestalten – auf Kosten Europas und, hier unfreiwillig, unbewusst und unbeabsichtigt, als Treibstoff für die multipolare Epoche.

***Elem Chintsky** ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen [Kanal auf Telegram](#), auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.*

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*